



Die Vorsitzende des Ausschusses für
Bürgerbeteiligung, Völkerverständigung und
Integration
der Stadtverordnetenversammlung
Amt der Stadtverordnetenversammlung
E-mail: stadtverordnetenversammlung@wiesbaden.de
Rathaus-Schloßplatz 6-65183 Wiesbaden
Telefon (0611) 31-3738
Telefax (0611) 31-3902
Sachbearbeiterin: Astrid Koba

Wiesbaden, 04.12.2014

1. Den Mitgliedern des
Ausschusses für Bürgerbeteiligung, Völkerverständigung und Integration
2. Den Fraktionen
3. Dem Magistrat
4. Nachrichtlich
Herrn Stadtverordnetenvorsteher

Einladung

zur öffentlichen Sitzung
des Ausschusses für Bürgerbeteiligung, Völkerverständigung und Integration
am Dienstag, 09. Dezember 2014, um 17:00 Uhr,
Rathaus, Raum 318 (3. Stock), Schloßplatz 6, Wiesbaden

- Vor Eintritt in die Tagesordnung findet eine Bürgerfragestunde statt -

1. GENEHMIGUNG DER NIEDERSCHRIFT VOM 11.11.2014

2. 14-A-21-0007
Vorstellung Weißer Ring

3. 14-A-21-0008
Neuorganisation der Ausländerbehörde

NEUE ANTRÄGE

4. 14-F-33-0128

Integrationsplan des Landes
- gem. Antrag von CDU und SPD vom 03.12.2014 -

Nach Zeitungsberichten plant das Hessische Ministerium für Soziales und Integration in den kommenden Jahren die Erarbeitung eines „Integrationsplans“ für Hessen. Bei der Erarbeitung sollen unter anderem die Kommunen beteiligt werden und es soll eine so genannte „Integrationskonferenz“ geben, welche sich bereits im Frühjahr 2015 konstituieren soll.

Der Ausschuss möge beschließen:

1. Der Magistrat wird gebeten sich bei der Erarbeitung des hessischen Integrationsplans einzubringen und dabei die Interessen der Landeshauptstadt Wiesbaden zu artikulieren. Sollte eine direkte Beteiligung oder eine Teilnahme an der Integrationskonferenz des Landes nicht möglich sein, wird der Magistrat gebeten die Wiesbadener Interessen über die kommunalen Spitzenverbände in den hessischen Integrationsplan einzubringen.
2. Nach Veröffentlichung des hessischen Integrationsplans wird der Magistrat gebeten, dem Ausschuss für Bürgerbeteiligung, Völkerverständigung und Integration über den Plan und mögliche Auswirkungen für die Landeshauptstadt Wiesbaden zu berichten:

5. 14-F-03-0125

Kooperation mit den Grauen Wölfen stoppen
- Antrag von Bündnis90/Die Grünen vom 02.12.2014 -

Der Ausschuss möge beschließen,

der Magistrat wird aufgefordert:

- 1) im Rahmen all seiner rechtlichen Möglichkeiten sämtliche Veranstaltungen von Vereinen, Verbänden oder ähnlichem, welche mit den "Grauen Wölfe" kooperieren, auf öffentlichem Boden zu untersagen;
- 2) sämtliche Zuwendungen der Stadt Wiesbaden, von denen die "Grauen Wölfe" direkt oder indirekt profitieren könnten, sofort einzustellen;
- 3) mit dem Ausländerbeirat zur Klärung der Ereignisse auf dem diesjährigen Sommerfestes das Gespräch zu suchen und dort deutlich auf die "Wiesbadener Linie" hinzuweisen. Bei diesen Gesprächen sollte als Grundlage die Wiesbadener Integrationsvereinbarung dienen.

6. 14-F-05-0024

Ausländerbeirat
- Antrag der FDP-Stadtverordnetenfraktion vom 02.12.2014 -

Seite 3 der Einladung zur Sitzung des Ausschusses für Bürgerbeteiligung, Völkerverständigung und Integration am 09. Dezember 2014

Am diesjährigen Sommerfest des Ausländerbeirates hat der Verein Türkischer Jugend und Kultur Bund teilgenommen. Vor etwa vier Jahren hatte der Magistrat festgelegt, dass dieser Verein aufgrund der integrationsfeindlichen Ausrichtung seines Dachverbandes kein Podium mehr zur Darstellung in der Öffentlichkeit bekommen sollte.

Der Ausschuss möge daher beschließen:

Der Magistrat wird gebeten, zu berichten:

1. Beschließt der Ausländerbeirat selbständig bzw. unabhängig, wer Teilnehmer am Sommerfest sein wird?
2. Oder gibt es eine Mitwirkung seitens der Stadt?
3. War die Stadt im konkreten Fall (Sommerfest 2014) über die Teilnahme des Vereins informiert?
4. Wie wird generell die Zusammenarbeit zwischen dem Magistrat und dem Ausländerbeirat eingeschätzt? Gibt es einen ständigen Dialog?

ANTRÄGE/SITZUNGSVORLAGE MIT VORLAUF

7. 14-F-33-0058

Schutz älterer Mitbürger vor Trickbetrügern und Trickdieben
- gem. Antrag von CDU und SPD vom 07.05.2014 -

ANLAGE

8. 14-F-33-0072

Kooperationsprojekt HaLT!
Antrag der Fraktionen von CDU und SPD vom 24.06.2014

ANLAGE

9. 14-V-12-0001

DL 17/14-6

Bürgerbeteiligung in Wiesbaden

ANLAGE

NEUE SITZUNGSVORLAGEN

10. 14-V-01-4012

DL 63/14-2

Bürgerbegehren nach § 8 b Hessische Gemeindeordnung (HGO) - „Für die Erhaltung des Landschaftszuges und Erholungsgebietes Taunuskamm!“ - Prüfung der Zulässigkeitsvoraussetzungen

11. 14-V-30-0008

DL 61/14-7, 58/14-9

Vorschlag für die Wahl eines Ortsgerichtsschöffen für den Ortsgerichtsbezirk AKK I (Mainz-Kastel/Amöneburg)

12. 14-V-33-0003

Einführung der Briefwahl für die Ausländerbeiratswahlen, Ergänzung der Hauptsatzung

ANLAGE

13. BERICHT DER DEZERNENTIN

14. VERSCHIEDENES

Falls ein Ausschussmitglied an der Teilnahme verhindert sein sollte, wird um Weitergabe der Einladung gemäß § 62 HGO gebeten.

Im Anschluss an die öffentliche Sitzung tagt der Ausschuss nicht öffentlich, falls Tagesordnungspunkte zur Beratung und Beschlussfassung in nicht öffentlicher Sitzung vorgesehen werden.

Apel
Vorsitzende